

werden. Dieser Auftrag soll unserer Meinung nach um eine Kostenschätzung für die Ertüchtigungsmaßnahmen für das bestehende Zwischenlager erweitert werden.

Wenn der Bundesumweltminister, wie gesagt, meint, das jetzige Lager sei sicher, dann, denke ich, ist hier durchaus auch eine Chance zur Ertüchtigung gegeben. Ich denke, das sieht er nicht viel anders. Aber das für das Verfahren zuständige Bundesamt für Strahlenschutz muss vorher zu erkennen geben, welche Maßnahmen es hierfür erwartet, wenn es also um eine Ertüchtigung geht. Diese Information haben wir noch nicht.

Der Kostenvergleich berücksichtigt aber nicht die für einen Abtransport der Castorenbehälter notwendigen Aufwendungen für die erforderlichen Schutzmaßnahmen durch die Polizei. Sie wissen, dass diese Aufwendungen – für den Transport selbst und die Begleitung durch die Beamten, die dafür eingesetzt werden müssen – sehr erheblich sind. Für die Abtransporte der bestrahlten Brennelemente sind bis zu 152 Einzeltransporte per LKW erforderlich.

Für die Aufnahme der Brennelemente in Ahaus muss die dortige Aufbewahrungsgenehmigung ebenfalls angepasst werden. Die ist ja auch nicht automatisch gegeben. Der hierfür erforderliche Antrag befindet sich derzeit im Genehmigungsverfahren. Auch da wissen wir letztendlich nicht, welche Kosten zusätzlich entstehen.

Mein Ministerium hat die Verlängerung der geltenden Genehmigung des Behälterlagers in Jülich in einem Rechtsgutachten prüfen lassen. Zugleich haben wir gemeinsam mit der Strahlenschutzbehörde, dem Forschungszentrum Jülich, dem Bundesumweltministerium und dem Bundesministerium für Bildung und Forschung Gespräche im Hinblick auf die Verfahrensdauer einer Verlängerung der Lagergenehmigung in Jülich geführt.

Das Bundesamt für Strahlenschutz hält eine Genehmigungsverlängerung bis zum 30.06.2013 durchaus für möglich. Das sagt das Bundesamt für Strahlenschutz selbst. Es ist also durchaus möglich.

Voraussetzung ist jedoch eine sehr straffe Verfahrensführung und eine optimale Verfahrensorganisation. Ich denke, das können wir einhalten, auch wenn Herr Röttgen sagt, das entspreche nicht seiner Lebenserfahrung. Vielleicht können wir ihm da ja mal eine andere Erfahrung bescheren, dass wir so ein Verfahren durchaus optimal durchziehen können.

(Beifall von der SPD)

Wie das aussehen könnte, will ich Ihnen ganz kurz vorstellen. Bis zum September 2011 muss eine Umweltverträglichkeitsstudie im Auftrag des Forschungszentrums Jülich unter Betrachtung von mindestens drei Jahreszeiten angefertigt werden.

Ein Gutachter hierfür ist bereits tätig. Das Gutachten hierfür ist bereits beauftragt.

Bis Dezember 2011 müssen sämtliche Antragsunterlagen in der Endfassung vorgelegt werden. Bis zum Frühjahr 2013 muss das Genehmigungsverfahren des Bundesamtes für Strahlenschutz unter Beteiligung der Öffentlichkeit durchgeführt und die Entscheidung über das Vorhaben getroffen worden sein.

Präsident Eckhard Uhlenberg: Herr Minister, Ihre Redezeit ist beendet.

Harry Kurt Voigtsberger, Minister für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr: Ich bin gleich fertig, Herr Präsident. – Bis Mitte des Jahres 2013 können dann die baulichen Umsetzungsmaßnahmen erfolgen. Sollte dies bis 2013 nicht vollständig realisiert sein, kann aber immer durch personelle Maßnahmen ein weiterer Umbau begleitet werden. Auch das ist uns vom Bundesamt bestätigt worden.

Meine Damen und Herren, das mag sicherlich alles sehr ambitioniert klingen. Aber ich sage sehr deutlich: Es ist möglich und es erspart der Bevölkerung sehr viele Risiken. Und das ist es allemal wert. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Damit sind wir am Schluss der Beratung.

Die antragstellenden Fraktionen – SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linken – haben direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Inhalt des **Antrags Drucksache 15/1194 – Neudruck**. Wer dem seine Zustimmung geben kann, bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht seine Zustimmung geben? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP **angenommen**.

Wir kommen zu:

4 Schutz der Senne durch Dialog sicherstellen

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1191 – Neudruck

Ich eröffne die Beratung. – Ich bitte, die Lautstärke im Plenarsaal ein bisschen zu dämpfen und notwendige Gespräche draußen zu führen. – Ich übergebe das Wort für die CDU-Fraktion Herrn Abgeordneten Dr. Brinkmeier.

Dr. Michael Brinkmeier (CDU): Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Senne, die Egge und der Teutoburger Wald sind in vielfältiger Hinsicht ein wichtiger Teil der Region Ostwestfalen-Lippe; vielfältig deshalb, weil sie einen bemerkenswerten Naturraum – übrigens mit großen Anteilen Kulturlandschaft – darstellen. Das ist ein Naturraum, in dem sich nicht nur Flora und Fauna sehr gut entwickeln können, sondern in dem auch die Menschen in unserer Region Erholung suchen. Gleichzeitig werden diese Gebiete in erheblichem Maße forstwirtschaftlich und militärisch genutzt.

Nun beobachten wir derzeit, wie die Landesregierung unter Federführung von Umweltminister Remmel massiv versucht, Fakten in unserer Region zu schaffen. Herr Minister Remmel, Sie wollen einen Nationalpark, so wie es im Koalitionsvertrag ja auch angekündigt ist – wenn es sein muss, dann scheinbar ohne einen ergebnisoffenen Dialog. Die rot-grüne Minderheitsregierung will schon heute ganz schnell Rahmenbedingungen festlegen, für die es in der Region keine Mehrheiten gibt.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Stimmt ja nicht!)

Wir erwarten von der Landesregierung aber nicht, dass Sie einfach Ankündigungen und Planungen aus Düsseldorf verkündet, sondern wir erwarten, dass mit den Betroffenen vor Ort gesprochen wird ...

Präsident Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter Dr. Brinkmeier, würden Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Beer zulassen?

Dr. Michael Brinkmeier (CDU): Nein.

Präsident Eckhard Uhlenberg: Nicht zugelassen.

Dr. Michael Brinkmeier (CDU): Später. – ... und dass Lösungen angestrebt werden, Frau Beer, die allen Interessen gerecht werden.

Wenn Sie gleich – vielleicht vonseiten der Grünen, vielleicht der Herr Minister selbst – entgegen werden „Wir reden doch mit den Institutionen der Regionen“ – das wird ja immer gerne behauptet: Wir reden doch mit den Menschen da –, dann sage ich Ihnen ganz klar: Das, was Sie machen, ist nichts anderes als eine bessere – oder vielleicht auch schlechtere – Scheckbuchdiplomatie. Sie laufen nur mit dem Scheck rum und versuchen, die Leute zu ködern. Sie versuchen, die verschiedenen Kommunen, Einrichtungen und privaten Betroffenen schlichtweg mit Geld zu ködern. Diese Art der Zustimmung ist eine gekaufte.

Sie wollen Ranger, Sie wollen einen Nationalpark. Dafür haben Sie Geld oder nehmen sich Geld aus Schulden – wie auch immer. Für das wichtige The-

ma in Ostwestfalen-Lippe – Wie können wir dort die ärztliche Versorgung der Menschen sicherstellen? Wie sieht es mit Blick auf die Medizinstudenten damit aus? – haben Sie kein Geld. Das ist Ihre Priorisierung. Sie wollen Ranger, Sie wollen keine Medizinstudenten. Wir sehen das genau anders herum.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Sie streuen der Bevölkerung Sand in die Augen.

(Beifall von der CDU)

Es geht Ihnen in Wahrheit doch nur darum, den ach so schönen Begriff „Nationalpark“ mit Ihrer grünen Partei zu verbinden. Sie scheuen davor zurück, den Menschen wirklich Klarheit zu verschaffen über die Vor- und Nachteile der verschiedenen Möglichkeiten des Naturschutzes,

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

sei es ein Nationalpark, ein Naturpark oder ein Biosphärenreservat.

Da ist übrigens die SPD wesentlich weiter als Sie von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Die SPD ist dazu bereit, auch über das Thema Biosphärenreservat nachzudenken. Das ist aber nicht so ein schöner Begriff. Sie wollen den schönen Begriff „Nationalpark“.

Sie scheuen auch davor zurück, zu erklären, wie die langfristige Finanzierung Ihrer Pläne erfolgen soll. Und Sie wollen die Briten höchstens noch als Erfüllungsgehilfen für eine schnelle Umsetzung Ihrer Pläne haben.

In diesem Zusammenhang ist es für uns von der CDU selbstverständlich ...

Präsident Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter, würden Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Maelzer von der SPD zulassen?

Dr. Michael Brinkmeier (CDU): Nein.

... dass sich die Regierung an bestehende Verträge halten muss und die souveräne Entscheidung der Briten abwartet, wie es genau mit der Präsenz der britischen Streitkräfte in Deutschland weitergeht.

Im Übrigen ist das, was jetzt durch die militärische Nutzung passiert – darüber hatten wir auch im Dezember gesprochen – tatsächlich der beste Schutz für die Natur in der Senne.

(Beifall von der CDU)

Der Verkündigung von Halbwahrheiten – Stichwort: Umfragen zum Nationalpark – und der Vorfestlegung gegen den Willen der Betroffenen in der Region werden wir mit aller Entschiedenheit entgegenreten.

(Dennis Maelzer [SPD]: Das stimmt doch nicht! Erzählen Sie doch nicht immer etwas, was Sie nicht verstehen!)

Die CDU-Landtagsfraktion begrüßt ausdrücklich – um da kein Missverständnis aufkommen zu lassen – jeden Fortschritt für den Naturschutz in Ostwestfalen-Lippe, wenn dieser im Konsens der gesamten Region umgesetzt wird. Vorfestlegungen aus Düsseldorf für das von den Grünen unbedingt gewünschte Vorhaben eines Nationalparks in der Senne

(Dennis Maelzer [SPD]: Von der SPD auch!)

lehnen wir hingegen ab. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Dr. Brinkmeier. – Für die SPD-Fraktion spricht Frau Abgeordnete Lück.

(Günter Garbrecht [SPD]: Die stärkste Rede war das nicht, Herr Dr. Brinkmeier!)

Angela Lück (SPD): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der CDU ist wirklich eine Fleißarbeit, eine Zusammenfassung von längst Bekanntem und Unumstrittenem. Aber dieser Antrag ist auch ein Antrag vorwärts in die Vergangenheit; denn dieser Dialog, den Sie fordern, der ist im Gange und wird schon mit allen Beteiligten geführt und weiterhin geführt werden.

(Daniel Sieveke [CDU]: Wüsste ich aber!)

Aber es reicht natürlich zum Schutz der Senne nicht, einen Dialog sicherzustellen, sondern da müssen auch Taten folgen. Da ist die Landesregierung auf dem richtigen Weg. Wir haben in der Sitzung im Dezember ausführlich besprochen, dass der Weg, den die Landesregierung hier geht, ein guter und ein vorsichtiger ist und alle mit einbezieht.

Es hat aufgrund der Dialoge aber auch schon Ergebnisse gegeben, etwa die Landtagsbeschlüsse von 1991, 2004 und 2005. Viele von Ihnen waren daran beteiligt. Es hat auch Kreistagsbeschlüsse in Lippe gegeben, Parteitagebeschlüsse in OWL, besonders auch der CDU im Kreis Lippe. Wir sind also hier schon auf einem guten Weg.

Es hat auch eine Umfrage in der Bevölkerung durch das Institut Emnid gegeben. Hier kann festgestellt werden, dass eine breite Mehrheit der Bevölkerung für einen Nationalpark in der Senne steht. Also lassen Sie uns gemeinsam an einer vernünftigen und pragmatisch gestalteten Nationalparklösung für Ostwestfalen-Lippe arbeiten!

Auf jeden Fall trägt aber Ihre heutige parlamentarische Initiative – das ist noch höflich ausgedrückt – nicht dazu bei, für die Kommunen, die dort lebenden Menschen, für unsere britischen Freunde, für die

regionale Flora und Fauna sowie für die dortige Land- und Forstwirtschaft eine tragfähige Lösung zu finden. Insbesondere Ihr Wunsch-dir-was-Katalog des Beschlussvorschlages, in dem jedem alles versprochen wird und der Weg gegen bereits gefasste Beschlüsse geebnet werden soll, hilft da wenig. Aber Papier ist bekanntlich geduldig.

Deswegen lehnen wir Ihren Antrag ab und freuen uns über Unterstützung, besonders die des CDU-Landrates des Kreises Lippe, welcher sich die Errichtung eines Nationalparks im Dialog der örtlichen Bevölkerung auf die Fahnen geschrieben hat. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Lück. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht der Abgeordnete Rüße.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE] – Daniel Sieveke [CDU]: Sie sind doch nicht dabei, Frau Beer! Sie sprechen doch nicht mit den Leuten vor Ort!)

Norwich Rüße (GRÜNE): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, dass alle, die im Landtag sind, ein Recht haben, über diesen Nationalpark mitzureden. Und wenn Sie dies dann auch noch fachkundig tun, ist das umso besser.

Erneut beraten wir heute einen Antrag zum Nationalpark Senne. Ich finde, sehr geehrter Herr Dr. Brinkmeier, mit diesem Antrag haben Sie sich als CDU als die Dagegen-Partei schlechthin geoutet.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Der Titel Ihres Antrags lautet: „Schutz der Senne durch Dialog sicherstellen“. Das ist ein Satz, den ich als Grüner voll und ganz unterschreiben kann. Dialog – das ist nämlich etwas, was wir Grünen sehr gut können. Wir sind eine Partei, die ihre Wurzeln in vielfältigen Bürgerbewegungen hat und die sich deshalb auch immer dem Dialog verpflichtet fühlt.

(Ralf Michalowsky [LINKE]: Hatte!)

– Ach Gott, das ist vielleicht ein Einwurf!

An dieser Stelle, wo doch der Ministerpräsident Mappus heute Morgen schon einmal Thema war, kann man der CDU nur sagen: Bezüglich der Anforderung zum Dialog gäbe es viel bessere Ansprechpartner. Da sollte man eine Dialogaufforderung doch einmal klar in Richtung Baden-Württemberg aussprechen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Das ist dienlicher, als sie hier an die rot-grüne Landesregierung zu richten.

Im Gegensatz zu denen ist es für uns selbstverständlich und auch für unseren Umweltminister selbstverständlich, mit der Region intensiv über die Verwirklichung des Nationalparks zu sprechen. Dieser Dialog findet auch statt. Die Beteiligten werden umfassend informiert. Es gibt die entsprechenden Gespräche. Das wissen Sie ganz genau.

Wir setzen jetzt das um, was 2005 im Landtag beschlossen wurde. Während Sie diesen Beschluss fünf Jahre lang einfach ignoriert haben, halten wir uns daran. Darin steht, dass der Landtag die Ausweisung eines Nationalparks bei gleichzeitiger militärischer Nutzung anstrebt. Genau diesen Beschluss haben Sie fünf Jahre lang als Landesregierung konterkariert. Sie haben die Vorgaben des Parlaments an dieser Stelle einfach missachtet.

(Beifall von den GRÜNEN)

Mit Ihrem Antrag wollen Sie meiner Meinung nach in Wirklichkeit etwas ganz anderes: Sie wollen suggerieren, dass wir Grüne hier irgendetwas gegen den Willen der Region machen würden.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Das Gegenteil ist der Fall!)

– Aber genau das Gegenteil ist doch der Fall.

(Zuruf von der SPD)

Wir setzen ein regionales Projekt gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern um.

(Beifall von den GRÜNEN)

Der Kreistag Lippe ist nicht irgendetwas, Dr. Brinkmeier, sondern die Vertretung vor Ort. Wenn sie immer wieder Beschlüsse für den Nationalpark fasst, können Sie das doch einmal annehmen. Es gab am 13. Dezember 2010 eine Abstimmung mit 52 Ja- und fünf Nein-Stimmen. Dann kann man doch sagen: Jawohl, wir unterstützen das gemeinsam mit SPD und Grünen im Landtag. – Aber das können Sie nicht. Dazu fehlt Ihnen vielleicht die Größe.

Wenn Sie also durchs Land laufen und versuchen, den Eindruck zu erwecken, hier würde etwas von oben auferlegt, irrlichern Sie aus meiner Sicht völlig. Vielleicht haben Sie aber auch ein ganz anderes Ziel: Vielleicht wollen Sie nur die Menschen in der Region verunsichern und ein tolles naturschutzpolitisches Projekt mit allen Mitteln verhindern.

Dabei fragt man sich natürlich nach ihren wirklichen Motiven. Warum machen Sie das? – Um die Interessen der Waldbauern und Sägewerksbesitzer kann es Ihnen gar nicht gehen, denn Umweltminister Rimmel hat immer wieder deutlich gemacht, dass sich die vom Prozessschutz betroffenen Flächen nicht im Privatwald befinden, sondern nur die Wälder betreffen, die im Besitz der öffentlichen Hand sind. Es gibt also keinen Nachteil für die Waldbesitzer. Auch kein adeliger Waldbesitzer muss fürchten, dass ihm wirtschaftliche Nachteile

entstehen. Es ist unredlich, wenn solche Befürchtungen von Ihnen immer wieder geschürt werden.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Wir laufen schon 20 Jahre lang damit durch die Gegend. Sie sollten endlich anerkennen, dass Naturschutz und wirtschaftliche Entwicklung, dass Ökonomie und Ökologie zusammengehen und dass sie sich an dieser Stelle ideal ergänzen werden. Der Nationalpark Senne-Teutoburger Wald wird der gesamten Region einen wirtschaftlichen Schub geben, aber man muss es jetzt auch wollen.

Deshalb fordere ich Sie auf – Herr Dr. Brinkmeier, ich spreche Sie direkt an –: Geben Sie Ihre Blockadehaltung doch auf! Arbeiten Sie konstruktiv mit uns zusammen, damit wir endlich vorankommen.

(Dr. Michael Brinkmeier [CDU]: Ergebnisoffen! – Gegenruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Im Gegensatz zu Ihnen hat eine deutliche Mehrheit der Menschen in der Region längst erkannt, welche Chancen im Nationalpark stecken. Wir haben eben die Zahlen dazu gehört, wie stark die Zustimmung war. Ihre Strategie des Verunsicherns, des Schlechtredens, des Verzögerns und der plumpen Stimmungsmache wird in der Region nicht mehr verfangen; da bin ich mir sicher.

Meine Damen und Herren, ich habe den Eindruck, dass die CDU nur deshalb noch so verboht gegen den Nationalpark ankämpft, weil Sie unserer rot-grünen Landesregierung, unserer rot-grünen Koalition schlicht und einfach nicht den Erfolg gönnen.

(Zuruf von Dr. Michael Brinkmeier [CDU])

Ich kann das verstehen. Wenn ich nämlich fünf Jahre nichts, aber auch rein gar nichts hinbekommen hätte,

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

würde ich mich natürlich ärgern, wenn eine neue Landesregierung binnen weniger Monate etwas richtig anschiebt. Dann kommt vielleicht schon einmal ein bisschen Neid auf.

Präsident Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter, trotzdem muss ich sagen, dass Ihre Redezeit beendet ist.

(Allgemeine Heiterkeit)

Norwich Rüße (GRÜNE): Ich darf noch eben beenden.

Meine Damen und Herren, die vorgelegten Konzepte für den Nationalpark sind gut. Sie sind durchdacht und werden jetzt vom Land mit der Region umgesetzt. Deshalb geht Ihr Antrag mit Ihrem Forderungskatalog an der Realität vorbei und ist deshalb eigentlich überflüssig.

Andererseits sind wir natürlich immer Gesprächsbereit. Diskussionsfreudig, wie wir sind, freuen wir uns darauf, den Antrag im Ausschuss mit Ihnen zu beraten. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Rüße. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Abgeordneter Abruszat.

(Günter Garbrecht [SPD]: Ich hoffe, Herr Kollege, Sie sind für die Region!)

Kai Abruszat (FDP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man vom Konsens über den Nationalpark hört, muss ich Ihnen sagen: Von Friede, Freude, Eierkuchen in der Region OWL kann ich bei diesem Thema jedenfalls nichts erkennen.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Heute erst steht im „Bielefelder Tageblatt“ – ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten –:

„Ganz deutlich positioniert sich die heimische Landwirtschaft gegen Pläne für einen Nationalpark in OWL.“

Zitiert wird Herr Kemper:

„Wir dürfen der Landwirtschaft nicht noch mehr Fläche entziehen. (...) ‚Der Nationalpark ist eine Mogelpackung‘.“

(Beifall von der FDP und von der CDU – Widerspruch von Sigrig Beer [GRÜNE])

Ich sage nicht, dass der Nationalpark eine Mogelpackung ist. Ich sage nur: Von Friede, Freude, Eierkuchen kann hier keine Rede sein.

Statt die vagen Ankündigungen der britischen Streitkräfte, dass es möglicherweise zu einem Abzug kommt, zu hinterfragen, überziehen wir die Region OWL mit einer Nationalparkdiskussion, dass es vielen Kommunen angst und bange wird.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Nehmen Sie die Kommune Augustdorf im Kreis Lippe. Für die Kommune Augustdorf ist es genau wie für viele andere wichtig – daran hat sie ein lebhaftes Interesse –, dass das Militär als wichtiger Wirtschaftsstandortfaktor in der Region bleibt. Was tun wir? Wir erwecken mit der Debatte um den Nationalpark in einer ganz aktuellen Phase, in der man in Berlin über Bundeswehrstandorte ...

Präsident Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter, würden Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Maelzer zulassen?

Kai Abruszat (FDP): Ich würde gerne erst fortfahren.

(Sigrig Beer [GRÜNE]: Ich glaube, die Briten haben von sich aus entschieden, dass sie abziehen!)

... und über die Bundeswehrreform spricht, den Eindruck, wir wollten, dass die Bundeswehr schnellstmöglich verschwindet, während andere Bundesländer um Standorte kämpfen, meine Damen und Herren. Das passt nicht zusammen.

(Dennis Maelzer [SPD]: Das ist doch Blödsinn! Wer macht das denn?)

Natürlich muss man auch die Realitäten anerkennen. Das will ich gar nicht abstreiten. Die Sicherheitslage hat sich seit dem Kalten Krieg verändert. Aber die Ereignisse in Nordafrika, die wir im Moment erleben, hätte auch niemand für möglich gehalten. So viel zum Thema Bundeswehr und Militärstandort.

(Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

Lassen Sie uns den Blick auf die fachlichen Fragen richten, die beispielsweise das LANUV ganz klar in einem Gutachten aus dem Jahr 2008 aufgeworfen hat. Dort heißt es – ich zitiere –:

Die Ausweisung zusammenhängender und großflächiger Prozessschutzzonen ist grundsätzlich möglich. Sie hängt aber von den Eigentumsverhältnissen bzw. sonstigen geeigneten dauerhaften Regelungen ab.

Weiter heißt es dort:

Die Realisierung eines Nationalparks Teutoburger Wald-Eggegebirge im Kreis Lippe erfordert eine Änderung der Eigentumsverhältnisse bzw. die Vereinbarung dauerhafter Regelungen.

(Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

Das heißt, dass dieses im Moment diskutierte Stückwerk Nationalpark, das eben noch kein integriertes Gesamtkonzept darstellt, bei dem noch keiner weiß, wo es anfängt, bei dem noch keiner weiß, die Kriterien eines Nationalparks gar nicht erfüllt.

(Zuruf von der SPD: Darüber können wir mal reden!)

Aus dem LANUV-Gutachten gehen die Besitzverhältnisse hervor: Über ein Drittel der Fläche liegt nämlich in der Hand nichtöffentlicher Besitzer. Der bislang geplante Nationalpark erfüllt auch nur mit gutem Willen das Kriterium der Großflächigkeit, das man braucht.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Gunhild Böth)

Er ist mit 7.500 ha eigentlich schon zu klein. 10.000 ha sind vom zuständigen Gremium der Vereinten Nationen als Mindestgröße vorgesehen. Das LANUV-Gutachten kommt dann zu dem Ergebnis,

dass man auch mit 7.500 ha vielleicht auskommen könnte, weil die Gegend relativ unberührt ist.

(Zuruf von Dennis Maelzer [SPD])

Aber wenn ein weiteres Drittel der Fläche wegfällt, sodass das Gebiet völlig zersplittert, zerfleddert bzw. durchschnitten wird, meine Damen und Herren, reicht das nicht mehr aus.

Bei diesem Thema gibt es viel mehr Fragen als Antworten. Die Kosten wurden überhaupt noch nicht angesprochen. Der Kreis Lippe – das ist zu Recht von Herrn Rüße angesprochen worden – hat sich in einem Kreistagsbeschluss für den Nationalpark ausgesprochen.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Gott sei Dank!)

Aber er hat überhaupt nicht dargestellt, ob und in welcher Form er bereit ist, Kosten zu übernehmen. Auch das ist ein ganz wesentlicher Baustein. Die Landesregierung muss an dieser Stelle auch darlegen, wie hoch eigentlich die Kosten sind und wer diese trägt.

Insofern, meine Damen und Herren, bleibt das un- gute Gefühl, dass wir es mit einem bisher über- haupt nicht durchdachten Konzept zu tun haben.

(Beifall von der FDP und von der CDU – Zuruf von den GRÜNEN: Wir müssen die Erfah- rungen aus der Eifel endlich berücksichtigen!)

In dieser Region brauchen wir nichts, was reflexar- tig aus der Hüfte geschossen wurde, sondern ein integriertes Gesamtkonzept, das sich darauf ein- stellt, was in der Region passiert, wenn das Militär wirklich abzieht.

(Zuruf von Günter Garbrecht [SPD])

Für diesen Fall brauchen wir ein städtebauliches Gesamtkonzept,

(Zuruf von der SPD: Städtebaulich?)

in dem wirtschaftliche, militärische Belange und naturschutzfachliche Interessen miteinander vereint werden. Das Land ist in der Pflicht, den Kommunen dabei zu helfen. Diese Interessen dürfen nicht ge- geneinander ausgespielt werden.

In diesem Sinne, meine sehr geehrten Damen und Herren, freue ich mich, wenn wir viele dieser Fragen doch noch im Ausschuss intensiv diskutieren. Was wir heute haben, ist in keinster Weise ein entscheidungsreifer Nationalpark für OWL. – Ganz herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Abru- szat. – Für die Fraktion Die Linke spricht jetzt Frau Akbayir.

Hamide Akbayir (LINKE): Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Zur Region Ostwestfa- len-Lippe bzw. Senne-Egge/Teutoburger Wald wur- de schon das meiste in der letzten Plenarsitzung im Dezember gesagt. Dass wir jetzt wieder darüber diskutieren müssen, liegt wohl an der Fantasielosig- keit der CDU, der die Themen auszugehen schei- nen.

Dass die CDU das Militär in der Senne behalten will, wundert uns nicht. Schließlich sagte die CDU im Bund ehrlicherweise, dass sie damit weltweit unsere Rohstoffwege und wirtschaftlichen Interessen si- chern will. Ebenso dürfte bekannt sein, dass das nicht unsere Position als Linke ist. Wir wollen kein Militär – schon gar nicht in Naturschutzgebieten. Das Gebiet der Senne ist so entstanden, wie es ist:

(Dennis Maelzer [SPD]: Was?)

durch das Vorhandensein von Militär. Das wissen wir. Das ist für uns aber kein Grund, dass das so bleiben muss. Ganz im Gegenteil: Es ist höchste Zeit, daran etwas zu ändern. Das haben wir mit un- serem Antrag im Dezember 2010 „Nationalpark Senne-Egge/Teutoburger Wald schnellstens reali- sieren – Kündigungsrecht umgehend nutzen“ bewir- ken wollen.

Wir sind gegen jede Militarisierung in unserem Land und drängen daher auf die sofortige Kündigung der Rahmenvereinbarung vom 4. Mai 2009

(Beifall von der LINKEN)

und der gebietsspezifischen Vereinbarung Senne aus der Rahmenvereinbarung. Denn schon aus friedenspolitischer Sicht ist die weitere Nutzung der Senne durch das Militär für uns nicht akzeptabel.

Ökologische Gesichtspunkte führen zu demselben Ergebnis, meine Damen und Herren. Auch das ha- ben wir in der letzten Sitzung des Plenums schon dargelegt. Das Gebiet der Senne beherbergt eine Vielfalt seltener Tier- und Pflanzenarten. Dabei handelt es sich um einen der wertvollsten Biotop- komplexe in Nordrhein-Westfalen. Dieser wertvolle Landschaftsraum mit zahlreichen Naturgütern kann nur als Nationalpark gemäß dem deutschen Natur- schutzrecht erhalten und ausgebaut werden.

Wir wollen einen Nationalpark Senne-Egge/Teu- toburger Wald; das haben wir auch in unserem An- trag im Dezember gefordert. Denn in der Region gibt es den weitverbreiteten Wunsch, das militärisch genutzte Gelände in zivile Nutzung zu überführen, um dort einen Nationalpark zu errichten.

Übrigens hat sich auch die Regionalkonferenz der SPD in Ostwestfalen-Lippe für einen Nationalpark Senne ausgesprochen.

(Dennis Maelzer [SPD]: Hat Sie das über- rascht?)

Vor diesem Hintergrund, liebe Kolleginnen und Kol- legen, hat die Ankündigung des britischen Militärs,

das Truppenübungsgelände Senne in den nächsten zehn Jahren zu verlassen, verständlicherweise eine große Euphorie bei den Anwohnern sowie bei den Umwelt- und Friedensaktivisten ausgelöst.

Wir wollen für die Bürgerinnen und Bürger in diesem Gebiet ein Leben ohne Militär in einer intakten Umwelt.

(Beifall von der LINKEN)

Dazu hat die Arbeitsgemeinschaft der Paderborner Natur- und Umweltschutzverbände Folgendes gesagt – ich zitiere –: Die militärische Nutzung eines Landschaftsraums trägt entscheidend bei zu einem schleichenden Prozess der Naturzerstörung. Wer etwas anderes behauptet, sagt die Unwahrheit.

Selbst die Firma Roland Berger sieht in der Gründung eines Nationalparks mit dem Thema „Mensch und Natur“ eine reelle Chance, die Region sowohl im Tourismus als auch in wirtschaftlicher Hinsicht weiterzuentwickeln – auch ohne Militär.

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Entschuldigen Sie die Unterbrechung. Frau Akbayir, lassen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Maelzer zu?

Hamide Akbayir (LINKE): Nein, vielen Dank.

Dies wollen wir auch nicht in einem irgendwie gearbeteten Park mit Panzern. Wie gesagt: alles ohne Militär. – Vielen Dank.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke Frau Akbayir. – Jetzt spricht für die Landesregierung Herr Minister Remmel.

Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Tat, ein wenig mutet das an wie „Ewig grüßt das Murmeltier“. Da sind wir schon wieder mit einem Senne-Antrag. Alle, die schon länger Politik betreiben – kommunal, im Landtag oder wo auch immer –, wissen: Es gibt Themen, da ist es notwendig, sich zu streiten. Da ist es sinnvoll, dass man das tut, um etwas Besseres konstruktiv zu erreichen. Aber es gibt historische Situationen und Momente und dann auch Themen, bei denen man gemeinsam zupacken muss,

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

gemeinsam die Chance, die sich bietet, ergreifen muss. Da wundert es schon sehr, wenn hier der Versuch unternommen wird – so muss ich den Antrag interpretieren –, Streit zu säen, zu spalten und sich eines Themas ideologisch zu bemächtigen, bei dem wir vielleicht an dieser Stelle die Ideologie und die Parteipolitik außen vor lassen sollten.

(Zuruf von Dr. Michael Brinkmeier [CDU])

– Herr Brinkmeier, es gibt schon einiges, was wir schon gemeinsam auf den Weg gebracht haben, bei dem wir an die Vorarbeiten anknüpfen, die auch von Ihrer Regierung geleistet worden sind, die auch gemeinsam hier im Landtag beschlossen worden sind. Deshalb ist es unverständlich, dass Sie in dieser Weise versuchen, sich diesem Thema zu nähern und – ich muss auch sagen – zu bemächtigen. Das erinnert mich schon daran: Bei Asterix und Obelix gab es eine Figur, wenn die auftauchte, dann gab es überall Streit: Destructivus. Ich glaube, Sie eignen sich nicht dafür, hier als ostwestfälischer „Destructivus“ durch die Gegend zu laufen. Versuchen Sie doch, mit uns zusammen konstruktiv die Dinge anzugehen! Ich glaube, da liegen große Chancen.

Im Übrigen – das ist schon erwähnt worden – gibt es durchaus unterschiedliche Linien innerhalb Ostwestfalens, auch in Ihren parteipolitischen Hintergründen, sodass ich schon davon ausgehe, dass, wenn man sich zusammensetzen würde, wir gemeinsam zu guten Ergebnissen kommen könnten.

Herr Abruszat, es ist eben kein Reflex, was zurzeit stattfindet. Wir bauen auf einer langen Debatte auf, die wir miteinander führen. Die Argumente sind ausgetauscht. Die Perspektiven sind klar. Die Linien liegen vor uns. Die Wege sind offen, wir müssen sie jetzt nur noch beschreiten. Das ist das, was vor uns liegt. Wir müssen uns nicht mehr über das „Ob“ und das „Wie“ auseinandersetzen, sondern wir müssen einfach ein Stück vorangehen. Ich glaube, dass das auch gemeinsam geht.

Wie sieht es konkret aus? Ich bitte zwischen den zwei Baustellen zu unterscheiden, auf denen wir uns bewegen. Wir haben das ja schon im Dezember diskutiert. Eine Baustelle ist der Wunsch der Region, die Beschlusslage des Kreises Lippe.

(Dr. Michael Brinkmeier [CDU]: Das ist die Region?)

– Bitte? – Das ist ja nicht irgendwer. Wenn ein Kreistag mit einer so großen Mehrheit beschließt, wir wollen einen Nationalpark in unserem Kreisgebiet, vielleicht noch ein wenig darüber hinaus, dann verdient ein solcher Beschluss, finde ich, einen gewissen demokratischen Respekt.

(Zuruf von Dr. Michael Brinkmeier [CDU])

Wir respektieren das und sagen als Landesregierung: Wenn ein Kreis, ein Landrat und eine solche Mehrheit sich an uns wenden und um Unterstützung bitten, dann greifen wir das auf. Selbstverständlich greifen wir eine solche Bitte auf und überlegen gemeinsam, wie man das hinkriegen kann. Das ist guter demokratischer Brauch. Es ist auch unsere Aufgabe als Landesregierung, genau das zu tun. Hier finden die Gespräche tatsächlich statt.

Ich sage noch einmal ganz deutlich: Es wird sich – da beißt die Maus keinen Faden ab – auf Flächen beschränken müssen – wir wollen das so, um die Diskussionen direkt zu beenden –, die im öffentlichen Besitz sind. Das sind die Landesflächen, das sind die Flächen der Kommunen, und das sind die Flächen des Landesverbandes. Ansonsten gibt es keine Ansprüche auf weitere private Flächen weder in der Landwirtschaft noch in der Forstwirtschaft.

Ich bitte herzlich darum: Wir machen den Privaten, sowohl den Landwirten als auch den Forstwirten, keine Vorschriften, was sie auf ihren Flächen anstellen. Aber, bitte schön, dann erwarte ich auch umgekehrt von der Landwirtschaft, erwarte ich auch von den privaten Waldbesitzern, der öffentlichen Hand in Lippe und hier im Land zu überlassen, was sie mit ihren öffentlichen Flächen machen. Das können wir hier diskutieren. Aber es ist keine Auseinandersetzung zwischen Landwirtschaft, Forstwirtschaft und öffentlicher Hand. Das bitte ich schon auseinanderzuhalten.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Zum Zweiten wird es jetzt darum gehen, das miteinander auszutauschen und die entsprechenden Gutachten beizubringen. Da sind die Aufträge erteilt. Wir werden auch noch einmal die naturschutzfachlichen Kriterien untermauern. Gegenüber der Untersuchung 2008 hat sich die Situation insofern verbessert, als wir Privatflächen gänzlich rausgenommen haben und das Gebiet um eine öffentliche Fläche im Süden der Region erweitert haben. Insofern sind die Aussichten, dass das Gebiet nationalparkwürdig im vollen Umfang ist, noch einmal gestiegen.

Die zweite Baustelle – das ist in der Tat ein offenes Land, das vor uns liegt – ist die Absicht der Landesregierung, gestützt durch den Koalitionsvertrag, eine Ausweisung eines Nationalparks im Bereich Senne voranzubringen. Hier handelt es sich einfach um eines der bedeutendsten Biotopzusammenhänge nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern in der Bundesrepublik, vielleicht sogar in Europa. Andere Regionen – das sage ich auch einmal ganz klar – würden sich nach einem solchen Biotopverbund die Finger lecken.

(Günter Garbrecht [SPD]: Nur die CDU in Nordrhein-Westfalen nicht!)

Hier wird darüber etwas kleinkariert diskutiert. Sagen Sie es doch auch klar und vermuscheln es nicht so! Wir hatten eine gemeinsame Linie 1991. Wir hatten eine gemeinsame Linie hier im Haus 2004, 2005, einen einstimmigen Beschluss. Wenn Sie diesen Beschluss verändern wollen, dann stellen Sie doch einen solchen Antrag! Dann wird es doch klar: Nein, die CDU will nicht einen Nationalpark bei gleichzeitiger militärischer Nutzung, so wie der Beschluss aus dem Jahre 2005 es vorsah. Dann wird Ihre Position klar, aber nicht durch ein solches

Zehn-Punkte-Programm, das Sie da vorstellen, bei dem nicht klar wird, wohin Sie eigentlich wollen.

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Herr Minister, entschuldigen Sie die Unterbrechung. Würden Sie eine Zwischenfrage von Herrn Dr. Brinkmeier zulassen?

Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Sehr gerne.

Dr. Michael Brinkmeier (CDU): Vielen Dank, Herr Minister. – Wären Sie bereit, jetzt oder in der Ausschussberatung noch einmal den Landtagskollegen darzulegen, auf welcher rechtlichen Grundlage der 91er-Beschluss in Hinsicht auf die Begriffsbestimmung „Nationalpark“ fußt? Meines Wissens waren die rechtlichen Rahmenbedingungen für einen Nationalpark nach der damaligen Definition genau deckungsgleich mit dem, was wir heutzutage unter einem Naturpark verstehen. Vielleicht könnte Ihr Haus da einmal für Aufklärung dem Parlament und der Bevölkerung gegenüber sorgen. – Danke schön.

Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Der Beschluss 1991 – wir können ihn noch einmal gemeinsam durchlesen – sagt sinngemäß aus: Ausweisung eines Nationalparks nach Abzug des Militärs. 2005 ist das dann weiterentwickelt worden, sodass man gesagt hat: Okay, wir wollen keine dauerhafte Konfrontation mit dem Militär, sondern wir wollen es mit den Briten zusammen entwickeln. Wir wollen einen Nationalpark bei gleichzeitiger militärischer Nutzung. Das ist die Arbeitsgrundlage. Wenn Sie diese Arbeitsgrundlage nicht wollen, dann sagen Sie es doch klar. Lassen Sie uns Klarheit herstellen, dann können wir damit mehr anfangen als mit dem, was Sie heute vorgetragen haben.

Wir sind auf dem Weg. Wir führen die Gespräche, und wir werden dem Landtag und den Ausschüssen rechtzeitig berichten. Die Landesregierung hat darüber hinaus das Angebot der Konversion in die Region hineingetragen. Dort finden demnächst Gespräche statt – federführend wird der Wirtschaftsminister sein –, in denen es um ein breites Angebot an Konversion und die Unterstützung des Landes geht. Dabei spielt die Senne eine Rolle, ist aber sicherlich nicht alles, was an Konversionsanstrengungen in der Region notwendig ist.

Auch das sollten Sie der Wahrheit und Klarheit halber sagen: Wenn Sie hier von einem Biosphärenreservat sprechen, dann ist das eine Schutzkategorie, die Sie noch vor zwei oder drei Jahren vehement abgelehnt haben. Sie haben bis heute ...

(Dr. Michael Brinkmeier [CDU]: Nein, das stimmt nicht! Vor fünf Jahren, als der Vorschlag eingebracht wurde!)

– Ja, in Ordnung, aber dann hätten Sie die letzten fünf Jahre Gelegenheit gehabt, das auch im Landschaftsgesetz entsprechend zu verankern. Es gibt keine landesrechtliche Verankerung für ein Biosphärenreservat in Nordrhein-Westfalen. Wir schlagen vor, das Landschaftsgesetz um eine solche Kategorie – allerdings ähnlich wie in Baden-Württemberg als Biosphärenregion normiert – zu ergänzen, wenn es novelliert wird. Die Senne ist allerdings viel zu wertvoll, als letztendlich als Biosphärenregion zu enden. Das ist eine Schutzkategorie, die an anderer Stelle sicherlich sinnvoll ist, aber an dieser Stelle eben nicht.

Deshalb bitte ich Sie herzlich: Wenn die Gesprächsergebnisse vorliegen, werden wir selbstverständlich auch einen runden Tisch einrichten, an dem alle regionalen Kräfte beteiligt werden sollen und müssen. Ich bitte Sie herzlich: Nehmen Sie an diesem Prozess teil. Setzen Sie sich nicht daneben! Hier gibt es ein gemeinsames Ziel, und dieses Ziel sollte es uns wert sein, auch gemeinsam daran zu arbeiten. – Vielen Dank

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Minister. – Als nächster steht Herr Fehring für die Fraktion der CDU auf meiner Rednerliste.

Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass die Landesregierung ihre Redezeit um 3:43 Minuten überschritten hat, sodass Sie nun die Möglichkeit haben, noch einmal Stellung zu nehmen. Herr Fehring, diese Zeit steht Ihnen zusätzlich zu der Ihnen vormals verbliebenen Redezeit von 44 Sekunden zur Verfügung.

Hubertus Fehring (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Minister Rimmel, die Einladungen klingen immer richtig gut. Das hört man gerne. Das ist fürs Herz angenehm. Wenn Sie allerdings Ihre Ausführungen machen, müssen wir erleben, dass der Minister doch seine Vorstellungen durchsetzt.

Wir beide haben schon einmal darüber gesprochen: Wir könnten uns dem Gedanken eher nähern, wenn Sie unseren Wald als Wald bestehen ließen. Das ist ja der Knackpunkt in der Region. Insofern bin ich auch von den Grünen enttäuscht, dass ausgerechnet Ihre Partei die Langfristigkeit in dem Punkt nicht sieht. Natürlich gibt es die ersten zehn Jahre mehr Holz durch das verstärkte Abholzen; das weiß ich auch. Dann kommt es zu einem neuen Waldaufbau. Dieser neue Wald darf allerdings nicht genutzt werden. Das ist doch nicht nachhaltig. Es nutzt mir doch nichts, zehn oder 20 Jahre mehr Holz zu haben, anschließend den Wald vor der Haustür aber nicht mehr nutzen zu können. Es befinden sich zwei große Spanplattenhersteller in unmittelbarer Nähe. Diese sind massiv betroffen.

Herr Rüße, zur Redlichkeit. Wenn Sie Herrn Dr. Brinkmeier vorwerfen, das sei unredlich, dann möchte ich Ihnen erwidern: Wo ist bei Ihnen die Redlichkeit? Sie sprechen nicht davon, welche Summen diese Einrichtung kosten wird. Sie fordern nur, aber von den Summen hören wir nichts.

Wir kennen das Gutachten zum Teil. Es wird natürlich gesagt, dass der Tourismus belebt wird. Das streite ich nicht ab. Das kann ja sein, und in der Eifel ist das auch so. Dann müssen Sie auch Folgendes einräumen: Wenn über den Tourismus 2,5 bis 3 Millionen € mehr eingenommen werden, auf der anderen Seite aber aufgrund der erhöhten Kosten 5 Millionen € verloren gehen, wo ist da der Nutzen für die Region? – Ich will den militärischen Part jetzt auslassen. Das ist ohnehin die beste Nutzung mit der höchsten Wertschöpfung, aber das diskutieren wir ja heute nicht.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Das habe ich nicht verstanden! Können Sie das noch einmal wiederholen?)

– Zum Nutzen: Wenn ich durch den Tourismus 2,8 Millionen € mehr einnehme, aber aufgrund der staatlichen Aufgaben, die zusätzlich anfallen, 5 oder 5,2 Millionen € – das sind ähnliche Zahlen wie in der Eifel – verliere, dann ist das doch ein Verlustgeschäft.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Das ist doch einfach.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Nein, das mit dem militärischen Part habe ich nicht verstanden!)

Ein Punkt zum Konsens in der Region. Sie berufen sich immer auf den Landrat im Kreis Lippe; ich weiß auch, dass er dafür ist. Aber die beiden anderen Kreise, Paderborn und Höxter, sind nicht dafür. Sie sind zwar weniger, aber auch betroffen.

Wenn wir Konsens herstellen wollen – insofern nehme ich Ihr Angebot gerne wahr –, dann müssen wir das Ganze in der Runde bis zum Ende offen diskutieren, damit nicht folgender Eindruck entsteht – diesen hat man bisher immer –: Wir diskutieren zwar gemeinsam, aber am Ende setzt sich der Minister durch. – Das wollen wir natürlich nicht. Wenn es in dem anderen Sinne geht, dann nehmen wir Ihre Einladung gerne an, und dann haben wir sicherlich noch einige Male die Gelegenheit, das Thema an dieser Stelle oder im Ausschuss zu behandeln.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Fehring. – Für die SPD-Fraktion spricht jetzt Herr Garbrecht.

Günter Garbrecht (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es geht hier nicht nur um Ein-

ladungen. Vielmehr geht es darum, dass der Landtag auch in neuen Legislaturperioden die Beschlussslagen früherer Landtage verfolgt. Schließlich gab es hier stets Konsens darüber, dass wir einen Nationalpark Senne wollen. Das, was Sie hier heute geboten haben, stand nicht in der Tradition früherer Landtagsentschließungen, sondern markiert den Anfang einer Rolle rückwärts.

Fragen kann man immer stellen. Aber Sie stellen sie in einem bestimmten Ton und Duktus. Natürlich gibt es in der CDU in der Region unterschiedliche Vorstellungen. Mich wundert schon, dass diese unterschiedlichen Vorstellungen der CDU innerhalb der Region hier zum Mehrheitsthema der CDU-Landtagsfraktion werden.

Also, meine Damen und Herren, gegenüber anderen Regionen, die ein solches Projekt Nationalpark wie in der Eifel mit Vehemenz verfolgen – Stichwort „Siebengebirge“ –, muss man die Konversion, den Abzug der Briten wirklich als historische Chance für die Verwirklichung des Nationalparks Senne nutzen. Wir möchten Sie bitten und fordern Sie auf, in der Beschlusslage des Parlaments zu bleiben, alle Fragen, die kritisch sind, zu klären, aber an diesem Ziel festzuhalten. Dass es hier im Parlament keine lippischen Christdemokraten mehr gibt, hat wahrscheinlich auch etwas mit der Politik zu tun, die Sie hier vertreten.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Und wenn Sie so weitermachen, werden Sie in der Region noch weiter an Bedeutung verlieren. Also kehren Sie um zu den Beschlüssen, die wir hier einvernehmlich im Parlament gefasst haben! Sie fallen auch dem jetzigen Landtagspräsidenten und Vorgänger von Herrn Remmel im Amt mit seinen erbrachten Bemühungen ein Stück weit in den Rücken.

Kommen Sie also ein bisschen zurück auf den Weg der Vernunft und des Dialoges! Halten wir gemeinsam am Ziel der Schaffung eines Nationalparks Senne fest! – Danke schön.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Garbrecht. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Frau Beer.

Sigrid Beer (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte gleich an das anschließen, was der Kollege Garbrecht zum Schluss gesagt hat. Die Freiheit, über einen Nationalpark Senne nachzudenken, hatte der Ex-Minister Uhlenberg offensichtlich erst, als er aus dem Amt war. Aber dann hat er durchaus die richtigen Dinge gesagt. Das ist der Faden, der jetzt weitergesponnen wird, nämlich diese Chance zu nutzen, sich in der Region zusammenzusetzen.

Da bröckelt es ja innerhalb der CDU beispielsweise auch in Paderborn. Ich habe es sehr begrüßt, dass Bürgermeister Paus nach anfänglichen Protestrufen, der Nationalpark solle jetzt bitte nicht ins Spiel kommen, sich doch auf den Weg gemacht hat, die Realitäten zur Kenntnis nimmt und dann gemeinsam mit dem Stadtrat, wo auch der Kollege Sieveke dabei gewesen ist, eine Konversionstour durch die Liegenschaften in Paderborn gemacht hat, gemeinsam mit den Briten, um darüber nachzudenken, wie es nach dem Abzug weitergehen kann. Genau das müssen wir in allen anderen Punkten auch machen.

Deswegen bitte ich Sie herzlich, Ihren Widerstand aufzugeben und endlich zur Kenntnis zu nehmen, dass die Menschen in Ostwestfalen einen Nationalpark als Gewinn sehen und das gemeinsam nach vorne tragen wollen.

(Ralf Witzel [FDP]: Nur Teile!)

– Das ist genau der Punkt: Sie rühren doch die Gegenwellen auf und verdrehen das, was vor Ort gedacht wird. Es sind die Menschen, die dieses Stückchen Heimat als so wertvoll betrachten und sagen: Da wollen wir einen anderen Zugang haben. Sie erleben auch, wie das in der Eifel gewinnbringend passieren kann.

Und was Sie machen, was ich überhaupt nicht verstehe, ist, dass Sie Ökologie und Ökonomie gegeneinander schieben,

(Ralf Witzel [FDP]: Und das sagt die Vertreterin von Bündnis 90/Dagegen!)

wobei Sie sich überhaupt nicht mit den Argumenten auch der Waldbauern auseinandersetzen, die man natürlich in der Waldwirtschaft miteinander besprechen muss; denn was da vorgetragen worden ist, ist auch sachlich zum Teil nicht richtig. Das heißt, die Einbußen, die entsprechend proklamiert werden, sind so gar nicht zu erwarten. Da wird man Wege finden und kann miteinander reden. Aber was Sie hier vortragen, ist reine, emotionale Gegenwelle und leider nicht sachpolitisch begründet.

Das sollten Sie den Menschen in Nordrhein-Westfalen, vor allen Dingen in Ostwestfalen, ersparen und hier gemeinsam mit uns den Weg zum Thema „Nationalpark“ gehen – ein Gewinn für das Land Nordrhein-Westfalen, ein besonderer Gewinn auch für die Region Ostwestfalen. Das ist der Punkt, an dem man auch den Abzug der Briten zum Teil kompensieren kann. Natürlich wird das Land seinen Teil dazu beitragen und auch die Region sich engagieren, wenn sie endlich begreift, dass es insgesamt ein Potenzial ist, was für uns erhalten und erschlossen werden muss.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD – Vereinzelt Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Frau Beer. – Ich habe niemanden mehr auf der Redeliste.

Damit kommen wir zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 15/1191 – Neudruck – an den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer möchte dieser Überweisungsempfehlung zustimmen? – Irgendwelche Gegenstimmen? – Einzelne Enthaltungen? – Nein. Damit ist die Überweisungsempfehlung mit Stimmen aller Fraktionen angenommen worden.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

5 WestLB – Keine Beute für Finanzhaie

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/1189

Ich eröffne die Beratung. – Für die antragstellende Fraktion hat das Wort Herr Sagel.

Rüdiger Sagel (LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist schon fast Usus, dass wir uns in jeder Plenarwoche auch mit dem Thema „WestLB“ beschäftigen, weil die WestLB in der Tat einer der größten Risikofaktoren in unserem Land ist, insbesondere was den Haushalt angeht. Die Milliarden, die noch auf uns zukommen und die heute Morgen schon Thema waren, sind natürlich ein Thema, das vor allem die Haushalts- und Finanzpolitiker, die sich um die Zukunft des Landes sorgen, sehr beschäftigt.

Unter dem Druck der EU-Kommission, vor allem unter dem Termindruck, droht jetzt noch mehr Ungeheuer. Deswegen haben wir als Linke heute erneut einen Antrag gestellt: „WestLB – Keine Beute für Finanzhaie“. Wir wollen damit noch einmal sehr deutlich unsere Position zum Ausdruck bringen, denn es geht jetzt – so ist zumindest der Eindruck – in die Endrunde, die zeigt, wie es mit der WestLB perspektivisch weitergeht.

Wir haben in den letzten Tagen fast täglich neue Wasserstandsmeldungen bekommen. Noch vor zwei Tagen sah es so aus, als würden die chinesischen Kommunisten die Verstaatlichung der WestLB realisieren.

(Zuruf von Dr. Jens Petersen [CDU])

Das ist jetzt nicht mehr das Thema, die CDU kann aufatmen. Obwohl Sie ja auch in der Vergangenheit immer Geschäfte mit den chinesischen Kommunisten gemacht haben, Herr Petersen, kann ich Ihnen nur sagen: Das scheint jetzt nicht Realität zu werden.

(Zuruf von Angela Freimuth [FDP])

– Ja, genau, Frau Freimuth, Sie als FDP haben auch immer fleißig mit den Chinesen verhandelt und

Ministerpräsident Rüttgers, der immer fleißig Touren durch China gemacht hat, stets den Rücken gestärkt. Das gehört auch zur Wahrheit, die man hier in diesem Hause sagen muss.

(Beifall von der LINKEN)

Obwohl natürlich im Gespräch ist, die gesamte Bank zu verkaufen, werden auch die Hinweise immer deutlicher, dass möglicherweise eine Zerschlagung der WestLB vor der Tür steht. Was immer deutlicher wird, ist, dass das ganze Geschäft vermutlich nicht im Positiven für das Land Nordrhein-Westfalen ausgehen wird. Zerschlagung, Arbeitsplatzabbau und Privatisierung sind aus Sicht der Linken keine akzeptable Lösung.

Der mit dem Verkauf der WestLB beauftragte ehemalige CDU-Politiker Friedrich Merz hat am Donnerstag, dem 13. Januar, die Eigentümer über die unverbindlichen Kaufangebote informiert. Daraufhin sind immer wieder neue Angebote bzw. mögliche Angebote in Umlauf geraten. Wir können zum jetzigen Zeitpunkt nur feststellen, dass der dümpelnde Tanker WestLB nicht zur Beute von Finanzhaien werden darf. Das ist zu befürchten.

Wir freuen uns, dass es zumindest schon einmal gelungen ist, aufgrund der Klage der Sparkassen den Druck von der WestImmo wegzubekommen. Allerdings droht, wie gesagt, weiter die Privatisierung der WestLB – und das nicht zum Vorteil der öffentlichen Hand.

Wir meinen nach wie vor, dass man hier sehr klar Position beziehen muss. Wer die WestLB retten will, muss sie auf einen sicheren Grund führen. Leider hat die Bank in der Vergangenheit relativ wenig dazu beigetragen, das selber zu tun; denn das Geschäftsmodell der WestLB ist nach wie vor keines, das überzeugt. Das wird auch landauf, landab von den Medien entsprechend kommentiert.

Unseres Erachtens muss man nach wie vor alle Möglichkeiten nutzen, um eine Privatisierung der WestLB zu verhindern. Wir haben auch nach wie vor unser Interesse sehr deutlich gemacht, dass die WestLB in der öffentlichen Hand bleiben muss. Aus unserer Sicht kann durchaus auch mit anderen Landesbanken geschaut werden, wie dies in der öffentlichen Hand realisiert werden kann.

Fakt ist allerdings, dass wir im Augenblick eine sehr schwierige Situation haben. Deswegen haben wir in unserem Antrag noch einmal einige konkrete Punkte vorgeschlagen.

Ich bin sehr gespannt, wie das Ganze jetzt weitergehen wird. Es liegt sicherlich nicht in unserer Hand. Ich weiß, dass auch zumindest die Grünen relativ wenig dazu beigetragen haben, was mit der WestLB konkret passiert. Bei den Oppositionsparteien sieht es nicht viel anders aus.

Der Finanzminister ist hier aber natürlich in der Verantwortung – insbesondere im Hinblick auf den